

OFFENE KIRCHE

Evangelische Vereinigung in Württemberg

An die
Pfarrämter und Dienststellen

**Notizen von der Frühjahrstagung
der 16. Landessynode, 19.-20. März 2021
im Hospitalhof Stuttgart**

**mit der Bitte um Weiterleitung
an die Bezirkssynodalen und Kirchengemeinderäte**

Elisabeth Holm

Gesprächskreisassistentin der OK

Elisabeth.holm@offene-kirche.de

23. März 2021

Frühjahrssynode vom 19.-20. März 2021

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Schwestern und Brüder!

Die Frühjahrssynode 2021 der Evangelischen Landeskirche in Württemberg fand erneut eingeschränkt durch die Corona-Pandemie in hybrider Form statt: Etwa ein Drittel der Synodalen war vor Ort, die große Mehrheit der Synodalen jedoch vor den Bildschirmen. Thematische Schwerpunkte der Landessynode waren die Diskussion um die zwölf Leitsätze der EKD zur Zukunft einer „aufgeschlossenen Kirche“, die Fragen des digitalen Abendmahls und die Forcierung des Klimaschutzes innerhalb der Evangelischen Landeskirche in Württemberg. Hierfür brachten Synodale der OFFENEN KIRCHE ein eigenes Klimaschutzgesetz ein.



Mit freundlichen Grüßen,

Prof. Dr. Martin Plümicke

Digitales Abendmahl?

Hellger Koepff berichtete als Vorsitzender des Theologischen Ausschusses über die Debatten und Diskussionen der Landessynode zum digital gefeierten Abendmahl. Er ging hierbei auf Erkenntnisse und offene Fragen ein, die im Zuge des Studientages am 20.02.2021 entstanden seien. Die Vortragstexte des Studientages zum Nachlesen finden sich [hier](#).



Koepff fasste zusammen: Kein Konsens bestehe im Theologischen Ausschuss über die Frage, ob die physische Anwesenheit für das Abendmahl erforderlich sei. „Ist die Abendmahlsgemeinschaft nur in einem Raum, in einer Kirche gegeben?“, so Koepff. Oder ist Gemeinschaft nicht auch im digitalen Raum durch Interaktionen möglich? Koepff ging weitergehend auf sechs Aspekte ein, die zu klären seien: Wie kann ein „stiftungsgemäßer Bezug zum Ursprungsgeschehen“ des letzten Mahles im digitalen Raum hergestellt werden? Braucht es hierfür die ko-präsentische Leiblichkeit? Können die Einsetzungsorte zum Abendmahl aus einem anderen Raum durch Digitalität wirken? Wie kann der Gabecharakter des Abendmahls digital vermittelt zum Ausdruck gebracht werden? Wie gehen wir mit zeitversetzten Abendmahlsfeiern um? Wie wird verhindert, dass die Genehmigung von digitalen Abendmahlfeiern nicht zu ökumenischen Schwierigkeiten führen? Koepff brachte zur weiteren Bearbeitung der Frage Anträge ein, die von der Synode angenommen wurden. Der ausführliche Bericht von Hellger Koepff ist [hier](#) zu finden.



Quelle: <https://www.evangelisch.de/inhalte/183780/17-03-2021/landes-kirche-streitet-ums-digitale-abendmahl-wuerttemberg>

Christiane Mörk dankte für die intensive Arbeit im theologischen Ausschuss und während des Studientages. Sie brachte ihre Freude zum Ausdruck, dass das Interesse am Abendmahl über Generationengrenzen nicht nachlasse. Es sei Zeit, sich auf den Wunsch eines digitalen Abendmahls einzulassen, da das Abendmahl existentielle Fragen des Menschseins berühre. Eckart Schultz-Berg berichtete über Erfahrungen aus der Diaspora: Die Verbundenheit im Abendmahl mit anderen Christen*innen und Gemeinden bestehe immer schon – letztendlich unabhängig von der konkreten Anwesenheit vor Ort. Er verwies auf den Gedanken einer evangelischen Freiheit, in der wir zutrauen, dass mündige Christ*innen das Abendmahl in Verantwortung auch digital würdig feiern.

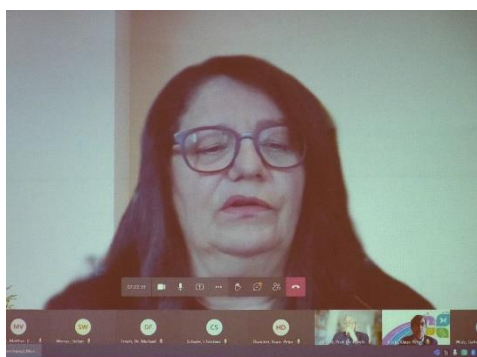
Thomas Hörnig legte seinen Schwerpunkt auf Dimensionen der Seelsorge, die mit der Feier eines digitalen Abendmahls einhergehe. Er sehe keine Anzeichen vom Missbrauch des Sakramentes, die mit einer Digitalisierung einhergehe: „Freuen wir uns doch vielmehr darüber, dass Menschen

Abendmahl feiern wollen.“ Ebenso hinterfragte er den immer wieder betonten formalen Verweis auf „Schrift und Bekenntnis“. Hier könne kein einheitlicher Befund festgestellt werden, daher plädierte er für mehr Zutrauen: „Vertrauen wir doch auf das Wortgeschehen!“

Oberkirchenrat Heckel betonte, dass für die weitere Klärung der Abendmahlsfeier noch mehr Zeit notwendig sei, um theologische Fragen intensiver zu klären. Ziel müsse sein, dass ein *magnus consensus* hergestellt werden könne. Landesbischof July bekräftigte, dass das Ringen um ein Sakrament Zeit bräuchte. Auch mit Blick auf die Ökumene müsse hier vorsichtig agiert werden. Es müsse vermieden werden, dass durch einen Schnellschuss unüberbrückbare Dissonanz entstehe.

Hellger Koepff schloss mit einem Dank für die intensiv geführte Debatte und blickte zuversichtlich auf deren Fortführung, um eine Klärung zu erzielen. Kritisch positionierte er sich zur Forderung nach einem *magnus consensus* – diese Forderung sei für die weitere Diskussion nicht förderlich.

Ein landeskirchliches Klimaschutzgesetz: Klimaneutral bis 2040



Nach der Vorstellung eines Klimaschutzkonzeptes durch den Oberkirchenrat brachten die Synodalen Ruth Bauer und Hans Probst ein eigenständiges Klimaschutzgesetz für die Evangelische Landeskirche ein, das im Kreis einer Klimagruppe der OFFENEN KIRCHE entwickelt wurde. Das Klimaschutzgesetz setzt nicht nur Klimaneutralität der Evangelischen Landeskirche bis 2035, spätestens jedoch bis 2040, fest, sondern sieht eine intensive und verpflichtende Beteiligung aller Kirchengemeinden und der Landeskirche für dieses ambitionierte Ziel vor. Der Oberkirchenrat soll für die Bewältigung des Weges zur Klimaneutralität alle fünf Jahre einen landeskirchlichen Klimaschutzplan vorlegen. Für den gesamten Gebäudebestand sollen Energie- und Verbrauchsdaten erhoben werden, die den Ausgangspunkt für eine kircheninterne CO₂-Bepreisung darstellen. Der Gesetzentwurf sieht die Einrichtung von Klimaschutzfonds auf Kirchenbezirksebene vor, die aus den CO₂-Abgaben gespeist werden. Sanierungen, der Austausch und die Optimierung von Heizungsanlagen sowie Bildungsarbeit zu den Themen Klimaschutz und Klimagerechtigkeit können wiederum aus den Klimaschutzfonds refinanziert werden. In einer kontrovers geführten Debatte wurden Stimmen aus der Mitte der Landessynode laut, die darin eine zu starke Belastung der landeskirchlichen Gemeinden sahen. Die Mitautorin des Gesetzentwurfes Martina Klärle widersprach dieser Entgegnung und betonte die dringende Notwendigkeit, dass Klimaneutralität nur als Kraftakt der gesamten Landeskirche zu erlangen sei. „Mehrkosten, die in Sanierungen und energetisch sinnvolle Maßnahmen investiert werden, rechnen sich nachhaltig“, so Klärle. Eckart Schultz-Berg sah im Gesetzentwurf eine große Chance, dass in den kommenden Jahren das Engagement für Klimaschutz im Immobilienbereich der Landeskirche deutlich gesteigert werden könnte. Die Landeskirche in Württemberg würde hier den Vorbildern anderer Landeskirche folgen (Nordkirche und EKBO), die hierfür auch verpflichtende Regelungen getroffen haben. Martin Plümicke betonte, welchen zukunftsweisenden Charakter der Gesetzentwurf habe: „Wenn wir das schaffen, ist die Kirche wirklich einmal wieder gesellschaftliches Vorbild.“

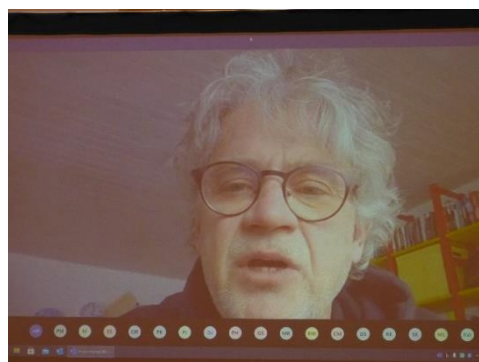


Der Gesetzesentwurf wurde in den Rechtsausschuss verwiesen und wird in den kommenden Monaten auch in anderen Fachausschüssen diskutiert werden.

Aktuelle Stunde zum Flächentarifvertrag im Bereich der Altenpflege

Die von der OFFENEN KIRCHE beantragte aktuelle Stunde der Frühjahrssynode behandelte den gescheiterten Flächentarifvertrag im Bereich der Altenpflege und fokussierte insbesondere die Rolle von Diakonie und Caritas.

Martin Plümicke beschrieb das grundsätzliche Problem des Pflegesektors in der Herstellung des Marktprinzips im Bereich der Altenpflege in den 1990er Jahren. Die Konkurrenzsituation habe sich negativ für Angestellte und Pflegekräfte ausgewirkt. Antje Fetzter ging auf die Konkurrenz im Pflegesektor ein, die zwischen den verschiedenen Anbietern bestehe. Sie setzte sich dabei auch kritisch mit den Sonderrechten des Dritten Weges auseinander: Eine Vertretung von Mitarbeitenden der Diakonie und der Caritas sei durch den Dritten Weg nicht gegeben. Darüber hinaus bemängelte sie, dass die Diakonie nicht den Mut hatte, sich nach Aushandlung des Tarifvertrages öffentlich zu positionieren. Hans Martin Hauch ging auf die dramatische Öffentlichkeitswirksamkeit des Beschlusses ein: „Ich kann das nicht mehr vermitteln“, so Hauch. Gefragt nach den Gründen, warum die arbeitsrechtliche Kommission von Caritas bzw. der Diakonie keine Solidarität mit anderen Beschäftigten im Pflegesektor gezeigt habe, wäre er sprachlos. Angelika Klingel verwies darauf, dass insbesondere Frauen in Pflegeberufen Leidtragende des verhinderten Tarifabschlusses seien. Es brauche dringend die



ökonomische Aufwertung der sozialen Berufe. Klingel: „Kirche steht in der Verantwortung, für eine stärkere Anerkennung im Bereich der Pflege sich einzusetzen.“ Peter Reif sprach aus seiner Erfahrung als Mitglied der MAV im Kirchenbezirk Suttgart: Es bestünde die dringende Notwendigkeit, Brücken zwischen Gewerkschaft Ver.di und Arbeitsrechtlicher Kommission zu bauen. Hier stünden die Evangelische Landeskirchen in der Verantwortung.

Bischofsbericht und zentrale Leitsätze kirchlicher Arbeit

Landesbischof Dr. h.c. July ging in seinem Bischofsbericht auf die im Jahr 2020 intensiv diskutierten zwölf Leitsätze der EKD einer aufgeschlossenen Kirche ein. July zeichnete hierbei ein kritisches Bild von Kirche und Gesellschaft und sah eine Glaubenskrise im Hintergrund der kirchlichen Krise. Ziel müsse daher eine „hörende und seelsorgerliche Kirche“ sein: „Die Seelsorge ist die Muttersprache der Kirche“, so July. Seelsorge, Diakonie und Mission stünden hierbei in einem engen Geflecht miteinander. July betonte darüber hinaus die öffentliche Verantwortung der evangelischen Kirche. Hierbei sei die Frage, wo Kirche „aus der Notwendigkeit des Evangeliums“ herausgefordert und zum Reden verpflichtet





Quelle: <https://www.ekd.de/7-tagung-der-12-synode-der-ekd-2020-57920.htm>

sei. July sprach sich für eine kirchliche Beteiligung in Debatten, die in die Gesellschaft hineinwirkten. Es brauche hierfür „thematische Koalitionen mit zivilgesellschaftlichen Partnern“, um zu den Themen Klimaschutz, Seenotrettung oder Rassismus und Antisemitismus, Position zu ergreifen.

July betonte weiter die Notwendigkeit von Strukturformen der evangelischen Kirche, die in neuen Gemeindeformen oder unter dem Prinzip der neuen Aufbrüche geschehen würden. Einer gestaffelten Kirchenmitgliedschaft erteilte July eine Absage: Eine Reduktion oder der Erlass der Kirchensteuer für jüngere Kirchenmitglieder sei nicht sinnvoll: „Mitglieder, die bisher selbstverständlich Kirchensteuer gezahlt haben, fühlen sich benachteiligt und könnten ihre Mitgliedschaft in Frage stellen.“ Weiter sei es nötig, Kirchenfernere und junge Erwachsene stärker in den Blick zu bekommen, beispielsweise auch durch digitale Formate der Kirche. Doch Digitalisierung sei kein Heilsversprechen: „Digitalisierung verschärft fehlende gesellschaftliche Teilhabe für bestimmte Gruppen und wird in Zukunft bei einzelnen Berufsgruppen zu massiven Arbeitsplatzverlusten führen.“

Für den Gesprächskreis OFFENE KIRCHE antwortete Yasna Crüsemann auf den Bericht des Landesbischofs und eröffnete damit die Aussprache der Landessynode. Crüsemann zeichnete ein Bild von Kirche, das durch Solidarität und den Blick an die Ränder geprägt sei. Kirche sei für Menschen, die „in unmenschlichen Bedingungen und der Gleichgültigkeit aller feststecken.“ Besonders blickte sie hierbei auf die humanitäre Katastrophe Geflüchteter: Kirche müsse ihre Stimme erheben für Menschen „in der Eiseskälte in Bosnien oder im Schlamm der Lager von Lesbos.“ Der Einsatz der Kirche für Menschenwürde und Menschenrechte sei unerlässlich. Crüsemann: „Kirche muss sich für das Grundrecht auf Asyl starkmachen. Für die Aufnahme von Flüchtlingen im Land Baden-Württemberg.“



Crüsemann ging auch auf die Corona-Pandemie und deren Folgen für die kirchliche Arbeit ein. Selten sei die Notwendigkeit der kirchlichen Präsenz in der Krankenhausseelsorge so deutlich geworden. Die „gewaltigen Umwälzungen in unserer Wirtschaft braucht kirchliche Fachkompetenz, die in der Arbeitswelt präsent ist.“ In Zeiten der gesellschaftlichen Polarisierung betonte Crüsemann in ihrem Votum, welche wichtige Arbeit Institutionen wie die Evangelische Akademie Bad Boll, „die Brücken baut mit kompetenten Menschen, die es verstehen, Menschen und Gruppen, die normalerweise nicht miteinander sprechen wollen, doch an einen Tisch zu bringen und den Dialog zu moderieren.“



In der Aussprache ging Christiane Mörk auf die Bedeutung des Wertes der Solidarität, der eine zentrale kirchliche Aufgabe darstelle: „Solidarität steht gegen die Konkurrenz in der Gesellschaft. Kirche muss Solidarität mit Verlierern der Pandemie zeigen.“

Hellger Koepff ging in seinem Beitrag darauf ein, welchen Stellenwert gelingende Kommunikation zwischen Kirchenleitung und Gemeinden habe: „Ist die Kirchenleitung nah an den Gemeinden

dran?“ Koepff betonte, wie dringend Gespräche seien, die von einer Kultur des Aufeinanderhörens geprägt sind.

Die zwölf Leitsätze der EKD wurden innerhalb der Landessynode zum Ausgangspunkt für die Beratungen über zukünftige Schwerpunkte der kirchlichen Arbeit in Württemberg genommen. Aus zwölf Leitsätzen wurden folgende Sätze formuliert, die zur Diskussion gestellt wurden:

- Die Kirche nimmt ihrem Auftrag in lokalen, globalen und digitalen Kontexten wahr.
- Die kirchliche Arbeit entfaltet eine große Bindungskraft und gewinnt Menschen für das Evangelium.
- Die Kirche wirkt sichtbar in der pluralen Gesellschaft.
- Die Arbeit der Ehrenamtlichen wird gestärkt.
- Es werden Synergien geschaffen, Ineffizienzen und Doppelstrukturen abgebaut und vermieden.
- Die digitale Präsenz von Kirche wird gestärkt.
- Die Kirche handelt finanziell nachhaltig, auch in Verantwortung für die nachfolgenden Generationen.
- Die Kirche eröffnet Spielräume für Erprobungen.
- Die Kirche fördert die Bewahrung der Schöpfung und den Schutz der natürlichen Ressourcen.
- Die Kirche ist ein verlässlicher Arbeitgeber.



Holger Stähle ging auf den Begriff der Mission ein: Er begrüßte dabei die Verbindung zwischen Mission und Diakonie, da dies zum Ausdruck bringen würde, dass Gottes Liebe in Wort und Tat weitergegeben werde. Gleichzeitig sah Stähle Klärungsbedarf innerhalb der Evangelischen Landeskirche bezüglich des Begriffes *Mission*. Der Begriff sei in seiner Vielschichtigkeit unklar und für viele Menschen negativ besetzt. Stähle betonte: „Wir müssen den Missionsbegriff neu klären!“

Antje Fetzter forderte eine stärkere Beachtung der Arbeit der Kirchengemeinden, die in dieser Aufzählung nicht integriert sei. Doch die Gemeinden seien der entscheidende Ort für die kirchliche Arbeit. Gerade in einer sich immer rascher verändernden Welt habe die lebensweltliche Verankerung eine immer größere Bedeutung. Die Gemeinde sei auch der Ort, an dem Menschen aus verschiedenen Milieus leben und zusammenkommen können. Angelika Klingel betonte, dass bei der Bestimmung von Prioritäten der kirchlichen Arbeit, wichtige Wirkungsfelder der Kirche entscheidungsleitend sein müssen. Kirche wird nur dort von Menschen erlebt, wo sie ihre Lebenskontexte berührt und direkte Erfahrungen gemacht werden können. Hier sind die Arbeitsbereiche der vielfältigen kirchlichen Bildungsarbeit und der Diakonie nicht ersetzbar. Wenn eingespart wird, um Rücklagen für Pensionsrückstellungen zu sichern, aber die praktische Arbeit der Kirche wegbriecht oder ausgelagert wird, graben wir uns die Lebensgrundlage ab. Martin Plümicke hinterfragte in seinem Votum die Meinung, dass Kirche vor massiven Sparnotwendigkeiten stehen würde. Seit knapp 30 Jahren käme alljährlich die Befürchtung auf, dass im kommenden Jahr die Kirchensteuer einbrechen werde. „Eingetreten ist dieses Szenario nie“, so Plümicke. Er warnte deshalb eindringlich vor den immer wieder neu geführten Spardebatten.